



Bundesministerium  
der Justiz

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Justiz, 11015 Berlin

Einwurf-Einschreiben

Herrn  
Arne Semsrott  
c/o Open Knowledge Foundation Deutsch-  
land e.V.  
Singerstraße 109  
10179 Berlin

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11015 Berlin

BEARBEITET VON Herrn Lehmann  
REFERAT Z B 6  
TEL (+49 30) 18 580 [REDACTED]  
FAX (+49 30) 18 580 [REDACTED]  
E-MAIL poststelle@bmj.bund.de  
AKTENZEICHEN Z B 6 - zu: 1451/6 II - Z3 458/2022

DATUM Berlin, 8. August 2022

**BETREFF:** Auskunft nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG)

**HIER:** Laufende Verwaltungsstreitverfahren

**BEZUG:** Ihr Antrag vom 19. Juli 2022

Sehr geehrter Herr Semsrott,

auf Ihren Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) auf Zugang zu amtlichen Informationen des Bundesministeriums der Justiz (BMJ) vom 19. Juli 2022 ergeht folgender

**Bescheid:**

1. Ich gebe Ihrem Antrag statt.
2. Der Informationszugang erfolgt gebührenfrei.

**Begründung:**

I.

Mit E-Mail vom 19. Juli 2022 bitten Sie unter Bezugnahme auf das IFG um „Informationen zu den laufenden Verwaltungsstreitverfahren mit Beteiligung Ihres Hauses, aus denen der jeweilige Verfahrensgegenstand sowie die jeweiligen (Gerichts)-Aktenzeichen hervorgehen“.

Mit E-Mail vom selben Tage haben Sie diesen Antrag - wie folgt - eingegrenzt: „[...] Gemeint waren Verwaltungsstreitverfahren nach IFG, UIG und VIG.“

LIEFERANSCHRIFT Kronenstraße 41, 10117 Berlin  
VERKEHRSANBINDUNG U-Bahnhof Hausvogteiplatz (U2)

Nach § 1 Absatz 1 Satz 1 IFG hat jeder nach Maßgabe des IFG gegenüber den Behörden des Bundes einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen.

Am 19. Juli 2022 waren folgende Gerichtsverfahren nach IFG anhängig:

<b>Verfahrensgegenstand</b>	<b>Gerichtsaktenzeichen</b>
Zugang zu einer Weisung des damaligen BMJV an den Generalbundesanwalt beim BGH (GBA) zum Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des Landesverrats gegen Mitarbeiter der Organisation „Netropolitik.org“, zu dem Schriftverkehr hierzu sowie zu den vom Bundesamt für Verfassungsschutz und dem GBA zu diesem Komplex gefertigten Gutachten	VG Berlin: VG 2 K 534.15 BVerwG 7 C 21.16 neue Az. nach Zurückverweisung: VG Berlin: VG 2 K 124.18 OVG 12 B 16.19 BVerwG 10 C 6.21
Zugang zu einer Kopie der „bundeseinheitlichen Transportvorschriften etc.“ für Gefangene	VG Berlin: VG 2 K 58.17 OVG 12 N 14.19
Herausgabe des Bundesgesetzblatt-Vertrages	VG Berlin: VG 2 K 36.19 OVG 12 N 237/21
Zugang zu Unterlagen zu einem Disziplinarverfahren des Verwaltungsrates der Europäischen Patentorganisation	VG Berlin: VG 2 K 149/21
Zugang zu Informationen über die Beauftragung von externen Beratern und Dienstleistern in den Jahren 2019 und 2020	VG Berlin: VG 2 K 254/2021
Zugang zu zwei Schreiben der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung e. V. (DPR) an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sowie zu zwei Sachstandsberichten der DPR an das damalige BMJV	VG Berlin: VG 2 K 262/21
Zugang zu folgenden Dokumenten: - die Stellungnahmen zum Referentenentwurf zum Gesetz zur Neuregelung des Geschlechtseintrags von Mai 2019 - Notizen, Protokolle, interne Kommunikation und sonstige Unterlagen, aus denen hervorgeht, warum diese nicht mehr auf der Website öffentlich und transparent einsehbar sind.	VG Berlin: VG 2 K 1/22

IFG-Antrag wurde beim Bundesamt für Verfassungsschutz gestellt; Antragsteller fragte dort nach der Zuständigkeit des Bundesamts für Verfassungsschutz für Rechtsextremismus; die Frage wurde beantwortet.

VG Berlin:  
VG 6 L 197/22, VG 6 K 198/22

Mit freundlichen Grüßen



Hinweis:

Das BMJ verarbeitet im Zusammenhang mit Ihrem Antrag nach dem IFG ausschließlich solche Daten, die notwendig sind, um mit Ihnen zu kommunizieren und um das Verwaltungshandeln des BMJ ordnungsgemäß zu dokumentieren. Hierzu gehören insbesondere personenbezogene Informationen, die Sie unmittelbar übermittelt haben. Rechtsgrundlage der Verarbeitung der Daten ist Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c Datenschutz-Grundverordnung in Verbindung mit dem IFG.

Weitere Informationen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch das BMJ finden Sie auf der Internetseite unter [www.bmj.de](http://www.bmj.de). Hier finden Sie u.a. auch nähere Erläuterungen zu Ihren Rechten sowie weiterführende Kontakt- bzw. Beschwerdemöglichkeiten.